

informationen

Industriegewerkschaft Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft
Industriegewerkschaft Wismut

Berlin/Chemnitz

Mai 1990

IGBEW ergreift Initiative:

FDGB wird aufgelöst

Der FDGB wird aufgelöst. Eine entsprechende Entscheidung haben die Vorsitzenden der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften am 9. Mai in Berlin getroffen. Den Anstoß zu dieser Entwicklung hatte die IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft gegeben. Bereits am Tag zuvor hatte ihr Hauptvorstand beschlossen, die Mitgliedschaft im FDGB mit sofortiger Wirkung ruhen zu lassen und „alle notwendigen Schritte zur Vorbereitung zur Urabstimmung für einen Austritt aus dem Dachverband zu ergreifen.“ Die IG Wismut hatte ebenfalls die Einstellung der Beitragsabführung an den FDGB beschlossen und sich mit den IGBEW-Beschlüssen solidarisch erklärt.

Die Vorsitzenden der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften nahmen die Geschichte der Gewerkschaften der DDR in die Hand. Sie haben, so heißt es in einer Erklärung, „in Wahrnehmung der ihnen von ihren Mitgliedern demokratisch übertragenen Verantwortung eindeutig die Notwendigkeit der Bildung eines Bundes freier unabhängiger Gewerkschaften bekräftigt“.

Zur Wahrnehmung der übergreifenden gewerkschaftlichen Interessen gegenüber Regierung und Parteien der DDR und dem DGB wurde ein Sprecherrat gebildet. In ihn wurden gewählt: Peter Rothe, Vorsit-

zender der Eisenbahngewerkschaft, Marianne Sandig, Vorsitzende der Gewerkschaft Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft und Peter Praikow, Deutsche Postgewerkschaft.

Der Sprecherrat wurde beauftragt, die juristischen Voraussetzungen zu schaffen, die Vermögenswerte des FDGB neu zu strukturieren und auf die IG/Gewerkschaften aufzuteilen.

Der Hauptvorstand der IGBEW hatte bereits im April der FDGB-Vorsitzenden und ihren hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern das Mißtrauen ausgesprochen und ultimativ vom FDGB einen konsequenten

Demokratisierungsprozeß als auch eine Offenlegung der Finanzen gefordert.

Zudem protestierten am 3. Mai in einem gemeinsamen Schreiben an Helga Mausch der Vorsitzende der IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft, Peter Witte, und der Vorsitzende der IG Wismut, Dieter May, mit „Befremden“ gegen die Stellungnahme des FDGB zur Währungsumstellung: „Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, uns an ungerechtfertigter Panikmache zu beteiligen und die jetzige Entscheidung mit den kommenden Fragen des Subventionsabbaus und der dafür notwendigen sozialen Absicherung zu vermi-

schen", heißt es in dem Schreiben. Beide Industriegewerkschaften sehen es als „einen groben Vertrauensbruch“ an, daß in der „Tribüne“ behauptet wurde, es handle sich bei dem dargestellten FDGB-Standpunkt um die gemeinschaftliche Auffassung aller Gewerkschaften. Eine Abstimmung mit der IGBEW oder der IG Wismut hat nicht stattgefunden.

Konkret heißt es auch in dem IGBEW-Hauptvorstandsbeschluß zum Bruch mit dem Dachverband vom 8. Mai: Auch die IGBEW erwarte sozialverträgliche Regelungen. Aber die „überzogenen und unrealisierbaren Forderungen des FDGB zur Erhöhung der Einkommen und zur Verkürzung der Arbeitszeit stehen jedoch mit unserer Auffassung im Widerspruch, weil sie zur Gefährdung der Arbeitsplätze führen, das Ansehen der Gewerkschaften nachhaltig schädigen und soziale Ängste heraufbeschwören“. Im übrigen stellten die Forderungen des FDGB, verbunden mit den Ankündigungen von Kampfmaßnahmen, „einen unrechtmäßigen Eingriff in unsere satzungsmäßig garantierte Tarifautonomie dar, den wir auf das Entschiedenste zurückweisen müssen“.

Der IGBEW-Hauptvorstand begründete seinen Beschluß zur ruhenden Mitgliedschaft und zur Vorbereitung des Austritts aus dem FDGB vor allem damit, die Industriegewerkschaft sehe die Beschlüsse zur Durchsetzung des Demokratisierungsprozesses und zur Ablösung basisdemokratisch nicht legitimierter Funktionäre im FDGB nicht erfüllt. Zudem habe der FDGB es „trotz mehrfacher Aufforderungen und trotz unseres Mißtrauensvotums“ abgelehnt, zur Finanzsituation und zum Stand der Aufteilung des Vermögens auf die Industriegewerkschaften und Gewerkschaften gemäß des Beschlusses des

Außerordentlichen Kongresses Stellung zu beziehen: „Statt dessen müssen wir feststellen, daß der FDGB an die Industriegewerkschaften und Gewerkschaften unverschämte finanzielle Forderungen für Dienstleistungen zu stellen versucht.“

Die IGBEW weist darüber hinaus die „unqualifizierten Standpunkte“ zu Umwandlungsfragen entschieden zurück, die von Vertretern des Dachverbandes unter anderem bei Beratungen des Runden Tisches gegen den Willen der Belegschaften und ohne Abstimmung mit der IGBEW „anmaßenderweise in unserem Namen“ eingenommen worden sind.

Bei den aufgeworfenen Fragen sei „kein Anzeichen für eine aus unserer Sicht zufriedenstellende Lösung von seiten der Verantwortlichen des Dachverbandes zu erkennen“ gewesen.

„Aus diesen Gründen sieht der Hauptvorstand der IGBEW keine Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit mit dem FDGB“, heißt es in dem Beschluß der IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft. „Bei Aufrechterhaltung aller aus der Vergangenheit erwachsenen Forderungen und Ansprüche stellen wir unsere Beitragsabführungen ein und nehmen von einer weiteren Mitarbeit in den Gremien Abstand.“ Dem Dachverband wurde ausdrücklich das Recht abgesprochen, Erklärungen im Namen der IGBEW abzugeben.

Die Hauptvorstandsmitglieder beauftragten den Geschäftsführenden Vorstand der IGBEW,

● „alle notwendigen Schritte zur Vorbereitung zur Urabstimmung für einen Austritt aus dem Dachverband zu ergreifen,

● „alle Maßnahmen zur Durchsetzung unserer vermö-

gensrechtlichen Ansprüche gegen den FDGB einzuleiten

● „gemäß den Beschlüssen unseres 1. Kongresses die Vorbereitungen für den frühestmöglichen Zusammenschluß mit der IG Wismut und der IG Bergbau und Energie konsequent und zügig weiterzuführen. In diesem Zusammenhang sind umgehend alle Möglichkeiten für eine baldige Mitgliedschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund zu prüfen“.

Abschließend forderte der Hauptvorstand der IGBEW „alle Mitgliedsgewerkschaften des FDGB auf, sich unserem Standpunkt anzuschließen und wenn nötig die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses zur Auflösung des FDGB einzuleiten“.

Dieser Beschluß der IGBEW löste die Entscheidung der Einzelgewerkschaften zur Auflösung des FDGB aus. In der Erklärung des neugebildeten Sprecherrats heißt es: „Der Dachverband in seinen bisherigen Strukturen kann die Herausforderungen der Zeit nicht mehr bewältigen. Der Begriff FDGB ist nach wie vor politisch diskreditiert. Das Vertrauen unserer Mitglieder, die Akzeptanz unserer Partner sowie das Vermögen, die aktuell anstehenden Aufgaben zu bewältigen, sind entscheidende Voraussetzungen für wirksame gewerkschaftliche Interessenvertretung, die objektiv vom jetzigen Dachverband nicht mehr realisierbar sind.“

Der amtierende Sprecherrat der Einzelgewerkschaften will enge Beziehungen zum DGB gestalten: „Er verliert seine Aufgabe, wenn sich die Einzelgewerkschaften der DDR und der BRD zusammengeschlossen haben beziehungsweise die Organisation der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften im DGB gesichert ist“, heißt es in der Erklärung des Sprecherrates.